

Umweltpolitik geht nicht ohne Wirtschaftspolitik : wann stirbt der Boden?

Autor(en): **Hauff, Volker / Kaufmann, Michael**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **64 (1985)**

Heft 1

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340221>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

seraten behauptete die Vereinigung schweizerischer Automobilimporteure noch diesen Sommer, am Waldsterben seien die Fichten-Monokulturen schuld, auch das trockene Wetter, das Auto habe damit nichts zu tun. Und der schweizerische Gewerbeverband sprach noch in der Vernehmlassung zu Tempo 80/100 vom «sogenannten Waldsterben».

Aber jetzt hat sich der Wind gedreht. Das Umweltbewusstsein, oder vielleicht besser der Leidensdruck, in der Bevölkerung ist gestiegen, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Katalysatoren scheinen gegeben, die Gesellschaft schreitet nach einem Wundermittel. Und siehe da: Eine kapitalistische Schlüsselindustrie, welche noch immer den Zusammenhang zwischen Auspuff und dürrer Tannenbaum leugnet, wittert das Geschäft. Die Automobilindustrie bekommt glänzende Augen: all die vielen neuen Modelle, die auf den Markt kommen. Dem Autogewerbe wird der Mund wässrig: all die Kontrollen und

Nachkontrollen und die Reparaturen. Und die Platinindustrie wird ganz aufgeregt vor Freude: Das wird das Jahrhundertgeschäft, nach Ansicht von Edelmetallspezialisten wird der Preis der Unze Platin denjenigen des Goldes übertreffen, sobald in Europa die Katalysatortechnik eingeführt ist.

Vom Wachstum zum Superwachstum

Was jetzt passiert, ist eine klassische Durchbrecherstrategie, die sich nahtlos in das Zukunftsszenario des Reagan-Verehrers Hermann Kahn einfügt: Die negativen Folgen der Technik werden mit noch mehr Technik behoben, aus dem Schlamassel des industriellen Wachstums kommen wir nur mit einem superindustriellen Wachstum. Die Warnung gilt: Geben Sie sich keinen Illusionen hin, machen Sie sich nichts vor. Der Wald ist zum Teil bereits gestorben, er stirbt jetzt und in den nächsten Jahren: Die Auswirkungen der Katalysatortechnik werden vermutlich

aus Gründen, auf die ich hier nicht näher eingehen kann, zu spät kommen. Und zudem werden die Katalysatoren auch sonst katastrophale Auswirkungen haben: Der Autofahrer, in seiner einfachen Psyche, wird ihn als Generalabsolution verstehen. Es wird kein Grund mehr da sein, weniger Auto zu fahren, auf die Anschaffung des Zweitwagens zu verzichten oder auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Wir werden weiter Strassen bauen und ausbauen und begradigen auf Teufel komm raus, es wird kein Grund mehr da sein, den öffentlichen Verkehr zu fördern, wir werden weiter 1000 Menschen pro Jahr auf unseren Strassen hinschlachten, der Verkehr wird, wie in der GVK vorgesehen, bis im Jahre 2000 nochmals um rund 60% zunehmen. Und machen Sie sich bitte nichts vor: Auch wenn, wider Erwarten, mit den Katalysatoren der Kapitalismus noch einmal den Kopf aus der Schlinge des Waldsterbens ziehen sollte, die nächste ökologische Schlinge ist schon bereit.

Umweltpolitik geht nicht ohne Wirtschaftspolitik

Wann stirbt der Boden?

Ein Gespräch mit Volker Hauff

An der Tagung des GDI, Gottlieb-Duttweiler-Institut, zum Thema «Stirbt der Boden, die schleichende Vergiftung unserer Lebensgrundlage?» war der Tagungsleiter Volker Hauff einziger Politiker unter den 13 referierenden Wissenschaftlern, Verwaltungs- und Wirtschaftsvertretern. Wir hatten Gelegenheit, mit Volker Hauff am Rande der Tagung ein Gespräch zu führen, das den technokratischen Rahmen der Tagung sprengen und Konsequenzen aus sozialistischer Sicht aufzeigen sollte. Dabei ist Hauff notgedrungen zum Thema «Boden» zu Umweltpolitik und Politik überhaupt gelangt. Fazit: Umweltpolitik ohne Einbezug von Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik löst keine Probleme. Mit Volker Hauff sprach Michael Kaufmann, Mitglied der Geschäftsleitung der SPS.

M.K.: Volker Hauff, stirbt der Boden?

Hauff: Die Gefahren für den Boden sind unübersehbar. Wir

stehen mit dieser Frage dort, wo wir vor einigen Jahren bezüglich Waldsterben standen. Wir sollten daraus endlich etwas lernen. Wir können nicht mit Gottvertrauen zuwarten, sondern müssen uns konkret und praktisch mit diesen Gefahren auseinandersetzen. Was den Bodenschutz anbetrifft, ist es Zeit zum Handeln.

M.K.: Ist jedoch die Frage nach dem Bodensterben richtig gestellt? Kommen wir hier nicht über die Problematik Boden heraus?

Hauff: Natürlich. Es beginnt mit einfachen Fragen, wie dem Landverschleiss, der Besiedelung des Bodens. Dann kommt die Bodenvergiftung, die natürlich viel mit Landwirtschaft zu tun hat. Doch darauf darf man das Thema keineswegs verengen. Wir müssen erkennen, dass insbesondere der Weg von Schadstoffen in der Luft der Weg ist, der für den Boden vermutlich das grösste Risiko darstellt. Dabei ist nicht nur der saure Regen beteiligt, sondern es sind in wesentlichem Masse die nicht abbaubaren Stoffe – insbesondere die Schwermetalle. Diese Dinge haben also ganz direkt mit unserer Industriegesellschaft, mit unseren Konsumgewohnheiten zu tun.

M.K.: Als einziger Tagungsreferent haben Sie auf die Kulturlandverluste hingewiesen. Wir vergiften den Boden also nicht nur, sondern verkleinern noch dauernd die bebaubare Fläche. Braucht es da neben reiner Umweltpolitik nicht auch raumordnungs- und eigentumspolitische Massnahmen?

Hauff: Der Landschaftsverbrauch pro Jahr für Hausbau, Strassen, Infrastrukturen liegt heute z.B. in der BRD in der Grössenordnung der Fläche des Bodensees. Wenn das so weitergeht, ist in 100 Jahren die Bundesrepublik zubetoniert. Da reichen kleine Korrekturen wirklich nicht mehr aus. Deshalb brauchen wir eine grundlegend neue Raumordnungs- und Bodenpolitik, die bis zur Rückführung bestehender Bauten in Kulturland führen muss. Dafür gibt es erste Ansätze in Hessen, wo der Rückbau von Strassen heute gesetzlich gefördert wird. Man beginnt also erste Konsequenzen zu ziehen.

M.K.: Was unternimmt in dieser Situation die SPD?

Hauff: Wir haben sehr viel gefordert in letzter Zeit. Es ging

von einem Notprogramm gegen das Waldsterben bis zu einem Bodenschutzkonzept, das wir kürzlich vorgelegt haben. Es gilt heute Konzepte zu erarbeiten, welche nicht an Modetrends orientiert sind. Ich bin ein leidenschaftlicher Gegner einer Umweltpolitik, die einen «Schadstoff des Monats» deklariert. Dem rennen die Leute einige Zeit nach, um ihn dann wieder zu vergessen. Ich bin vielmehr an der Frage interessiert, wie wir zu einer ökologischen, modernen Volkswirtschaft kommen.

M.K.: Verbindung von Ökologie und Wirtschaft, wie sieht dies konkret aus?

Hauff: Kernstück muss das Verursacherprinzip sein. Es wäre jedoch unehrlich, wenn wir nicht erkennen würden, dass es Bereiche gibt, wo das Verursacherprinzip nicht anwendbar ist. Wo kein direkt nachweisbarer Verursacher da ist, können wir das Prinzip gar nicht anwenden, und wo dadurch die regionalen Verteilungswirkungen oder die Arbeitsplatzverhältnisse beeinträchtigt werden, wollen wir es nicht. Also muss man für diesen grossen Bereich andere Konzepte finden.

Wir schlagen ein Sondervermögen, einen Umweltfonds, vor. Die Mittel für den Fonds sollen aus der Verteuerung des Energieverbrauches kommen, also von Strom, Benzin, Heizöl und anderen Erdölprodukten. Dies ergibt eine gerechte Lastenverteilung zwischen Industrie und Haushalten. In der Grössenordnung wären es etwa 2 Rappen pro Liter Benzin, ein halber Rappen pro Kilowattstunde und ähnliche Belastungen im Öl- und Gasbereich. Damit wäre man in der Lage, ein jährliches Investitionsvolumen von 18 Milliarden DM zur Schaffung von Arbeitsplätzen im

ökologischen Bereich zu finanzieren. Dies ist immerhin ein Prozent des Bruttosozialproduktes. (Vergleiche auch «Rote Revue» Nr. 9, S. 12)

Mit der konsequenten Anwendung des Verursacherprinzips in den anderen Bereichen wäre ein weiteres Prozent abzuzweigen. Damit wären wir in der Lage, einige 100 000 neue zukunftsgerichtete Arbeitsplätze zu schaffen. Ich nenne dieses Beispiel, weil es klar und unverwechselbar die sozialdemokratische Handschrift in der Umweltpolitik trägt. Nämlich das stete Bemühen, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Erhaltung der natürlichen Lebensbedingung zu verwirklichen. Man darf sich nicht in der falschen Alternative bewegen: entweder Arbeit oder Umwelt. Der Trend von mehr Wirtschaftswachstum und dafür ein wenig Umweltschutz ist genau so falsch wie die reine Umweltschutzpolitik. *Es gibt keine Alternative zur Industriegesellschaft, aber es gibt Alternativen in ihr. Und diese müssen wir so rasch als möglich realisieren. Das ist die Aufgabe – und die Chance der Sozialdemokratie.*

M.K.: Verursacherprinzip, Umweltabgaben? Machen da die traditionellen SP-Mitglieder und die Gewerkschafter mit? Wird dies nicht als Angriff auf den erkämpften Wohlstand – zum Beispiel auf das Automobil – empfunden?

Hauff: Nein. Wir haben beispielsweise die Idee von Verursacherprinzip und Sondervermögen intensiv innerhalb der Partei, aber auch mit den Gewerkschaften diskutiert. Und die stehen ganz bewusst hinter uns. Es hat da doch auch ein gewisses Umdenken stattgefunden. Nur müssen wir jetzt beginnen, politisch daran zu arbeiten. Da ist noch viel zu tun.